

---

Anlass	Medienorientierung der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Thema	<b>Neues Polizeizentrum für die Region Bern</b>
Datum	Dienstag, 8. November 2016
Referent/in	Barbara Egger–Jenzer, Regierungsrätin

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Liebe Medienschaffende



Ich begrüsse Sie zur heutigen Medienkonferenz zum Thema Polizeizentrum Bern (PZB). Wie Sie wissen, sucht der Kanton schon seit längerer Zeit nach einer Lösung für die unbefriedigende Infrastruktur der Kantonspolizei in der Stadt Bern. Hier ist die Polizei auf 18 verschiedene Standorte verteilt!

Auf den ersten Blick könnte man denken: Das ist doch prima, denn so ist die Polizei präsent, nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern. Und wenn was passiert, ist sie schnell zur Stelle. Diese Sicht stimmt aber nur zum Teil.

Denn nur 4 dieser 18 Standorte sind Polizeiwachen, die für das Publikum zugänglich sind. Die andern 14 sind zentrale Dienste des Korps. Und genau hier liegt die Schwierigkeit. Die vielen Standorte und die beschränkten Platzverhältnisse erschweren und verlangsamen die direkte Zusammenarbeit der Polizistinnen und Polizisten ungemein.

Allen dürfte klar sein: Wenn Abteilungen auseinandergerissen sind und für eine Sitzung durch die halbe Stadt gefahren werden muss, ist das auf Dauer nicht effizient. Das gilt für Unternehmen und erst recht für grosse Organisationen wie die Kantonspolizei.

Der Kanton hat nun eine zukunftsgerichtete Lösung gefunden. Bevor ich auf diese näher eingehe, wird Ihnen Regierungsrat Hans-Jürg Käser die heutige Situation und den Bedarf der Polizei darlegen. Ich gehe anschliessend auf den Standort und das weitere Vorgehen ein. Hans-Jürg Käser und ich stehen Ihnen zum Abschluss für weitere Auskünfte zur Verfügung. Damit überbege ich das Wort an Kollege Käser.

Gerne zeige ich Ihnen nun auf, wie der Kanton die genannten Probleme lösen will.

Sie haben es von Regierungsrat Käser gehört: Ein Polizeizentrum ist eine Investition in die Zukunft und eine Investition in eine funktionierende Polizei. Als innovativer Kanton wollen wir diesen Schritt machen. Wir wollen zusammenführen, was zusammengehört. Organisatorisch haben wir das schon geleistet. Nun folgt der bauliche Schritt.

Viele «zersplitterte» Standorte zusammenzufassen, ist generell ein Gebot der Vernunft, nicht nur bei der Polizei. Der Kanton arbeitet seit Jahren in diese Richtung. Das 2012 realisierte Verwaltungszentrum «Neumatt» in Burgdorf ist nur ein Beispiel. Auf über 35'000 m<sup>2</sup> Nutzfläche arbeiten dort 5 kantonale Direktionen mit 19 verschiedenen Dienststellen. Das Zentrum beherbergt unter anderem Dienststellen der Polizei- und Militärdirektion, ein Regionalgefängnis, einen Werkhof, die regionale Steuerverwaltung und das Regionalgericht. Insgesamt liessen sich in der «Neumatt» 14 bisherige Standorte mit 450 Arbeitsplätzen vereinen.

Ein weiteres erfolgreiches Beispiel – diesmal nicht auf kantonaler Ebene – ist der Zusammenzug der Sanitätspolizei der Stadt Bern. Sie hat 2014 verschiedene Standorte neu an der Murtenstrasse gebündelt. Indem 9 Mietstandorte aufgegeben werden konnten, war die Zusammenlegung auch finanziell ein Erfolg. Lassen Sie mich nur kurz auf einige von vielen positiven Punkten dieser beiden Beispiele eingehen:

- Die Wege sind kürzer, die Arbeitsschritte effizienter geworden.
- Durch die räumliche Verdichtung konnte die Führungsstruktur optimiert und die Infrastruktur auf künftige Bedürfnisse ausgerichtet werden.
- Ein gutes Angebot an internen Sitzungszimmern und Schulungsräumen minimiert Zeitverluste und Raumsuche. Bei der Sanitätspolizei sind neu vor Ort auch Aus- und Weiterbildungen für das Korps während des laufenden Betriebs möglich.
- Dank Standortbündelung entfallen viele tägliche Logistik- und Leerfahrten.

Sie sehen: Eine Vereinheitlichung von Standorten hat neben den betrieblichen Vorteilen durchaus auch positive ökologische Komponenten. Daher will der Regierungsrat auch die Kantonspolizei im Raum Bern räumlich in einem neuen Polizeizentrum zusammenführen.

Welche Anforderungen muss dieser Standort erfüllen?

- Erstens braucht es eine genügend grosse und zusammenhängende Grundstückfläche von rund 30'000 Quadratmetern.
- Zweitens benötigen wir eine gute Anbindung an die Verkehrswege für schnelle Zu- und Wegfahrten.
- Drittens sollte sich das Polizeizentrum in unmittelbarer Nähe eines Autobahnanschlusses befinden.
- Viertens muss das Gelände gut erschlossen sein.
- Und schliesslich wollen wir ein solches Zentrum nur realisieren, wenn wir auch ein optimales Kosten-Nutzenverhältnis haben.

Damit Sie sich die Grösse etwas besser vorstellen können: Wir sprechen etwa von einer Dimension ähnlich des Post-Hauptsitzes im Wankdorf oder des Swisscom-Gebäudes an der Autobahn in Ittigen oder des neuen Campus der Berner Fachhochschule in Biel.

Ich bin mir bewusst: Das ist stolz. Doch wir benötigen diese Grösse, wenn die Polizei nicht schon morgen wieder an Kapazitätsgrenzen stossen soll. Die Erfahrungen mit dem Justiz- und Polizeizentrum in Zürich zeigen, dass der Raumbedarf für künftige Entwicklungen nicht vernachlässigt werden darf. Denn Fakt ist: Die Wohnbevölkerung des Kantons Bern wird weiter wachsen. Und parallel zur Bevölkerung muss auch das Polizeikorps mitwachsen. Dazu kommt, dass auch das Sicherheitsbedürfnis stetig zunimmt. Heute gehen wir von einem Flächenmehrbedarf von etwa 15 Prozent aus.

So, wo soll nun dieses Polizeizentrum zu stehen kommen? Schon 2009 hat der Regierungsrat den Grundsatzentscheid für ein solches Zentrum gefällt. Seither sind wir nicht untätig geblieben. Mögliche Standorte, die die gestellten Anforderungen erfüllen, gibt es im Raum Bern nicht wie Sand am Meer.

Das ganz ursprünglich verfolgte Schermen-Areal am nordöstlichen Stadtrand Berns haben wir aus wirtschaftlichen Gründen aufgegeben.

In den letzten Jahren und Monaten haben wir die Suche stark intensiviert. Auf der Folie sehen sie die Gebiete, in denen wir Standorte geprüft haben. Dazu gehören Areale und Gebäude in verschiedenen Gemeinden im Raum Bern und auch die bereits in den Medien genannten ehemaligen Swisscom-Gebäude an der Ostermundigenstrasse in Bern.

Fündig geworden sind wir in Köniz, bei der Autobahnausfahrt Niederwangen.

Hier zwischen Autobahn und Hallmattstrasse konnten wir uns die nötige Fläche sichern. Das Areal gehört der Migros Aare. Mit ihr haben wir im Herbst einen Baurechtsvertrag auf 80 Jahre ausgehandelt. Aus unternehmerischen Gründen will die Migros das Land nicht verkaufen. Für uns ist das Baurecht ideal, da sich dadurch Investitionskosten sparen lassen, weil wir das Land nicht kaufen müssen.

Der Standort erfüllt alle unsere Kriterien. Die zwei Baufelder 5 und 7 sind rund 28'000 Quadratmeter gross und können die Raumansprüche der Polizei gut erfüllen. Für beide Flächen bezahlen wir einen jährlichen Baurechtszins von rund einer Million Franken. Verglichen mit ähnlichen Arealen im Raum Bern ist das moderat.

Als Reserve haben wir uns weiter das Baufeld 3 gesichert – zum Nulltarif. Somit wären auf dem ganzen Perimeter weitere Nutzungen des Kantons möglich. Das kommt uns entgegen. So können wir etappenweise vorgehen und vermeiden die Planung von Überkapazitäten. Die Zukunft wird zeigen, was wir tatsächlich benötigen oder eben nicht.

Ich komme nochmals auf die verschiedenen Polizei-Standorte in Bern zurück. Die Folie hat Ihnen bereits Regierungsrat Käser gezeigt.

Wenn wir die 18 Berner Standorte unter dem Kriterium «Eigentumsverhältnisse» betrachten, ergibt sich folgendes Bild: 5 Standorte gehören dem Kanton Bern, 13 Standorte sind Mietobjekte. Vermieter sind Private und die Stadt Bern.

Nach aktueller Planung integrieren wir 11 der 18 Standorte ins neue Polizeizentrum. Auf der Folie sehen Sie den angestrebten Zielzustand. Wir ziehen uns aus 8 Mietobjekten zurück und geben 3 eigene Standorte auf: den Ringhof am Nordring und die beiden Liegenschaften am Schermenweg. Wie wir diese Gebäude nutzen werden, ist noch offen. Entweder werden wir sie für den Eigengebrauch verwenden oder am Markt verkaufen.

Nicht betroffen von der räumlichen Zusammenlegung sind die 4 Polizeiwachen am Waisenhausplatz, am Bahnhof, an der Brunnadernstrasse und an der Bernstrasse in Bümpliz. Sie bleiben bestehen. Auch die Wachen in den Gemeinden der Region Bern bleiben alle erhalten. Uns ist es wichtig, diese Anlaufstellen für die Bevölkerung weiterzuführen.

Sie sehen: Zusammengelegt werden insbesondere nicht publikumswirksame Funktionen wie Führungsräume, Büros, Logistik und Informatik. Das ist auch finanziell interessant, da wir Mietobjekte in zentrumsnahen Lagen abgeben. Dort sind die Mieten bekanntlich hoch. Wir gehen davon aus, dass wir mit dem neuen Polizeizentrum die Kosten pro Quadratmeter senken können.

Damit bin ich bei der Wirtschaftlichkeit.

Wie wir gehört haben, ist der heutige Zustand ungenügend. Auch ohne Polizeizentrum müssten wir für die Polizei mehr Platz schaffen, allein schon, um die Einsatzzentrale zukunftstauglich zu machen.

Erweiterungen wären also ohnehin nötig. Insgesamt sprechen wir von einer Geschossfläche von etwa 83'000 bis 84'000 Quadratmetern. Heute stehen gut 72'000 Quadratmeter zur Verfügung.

Um den heutigen Zustand zu verbessern müssten wir rund 65 Millionen Franken investieren und hätten immer noch ein Flickwerk. Bei einem Polizeizentrum rechnen wir mit Investitionen von rund 270 Millionen Franken.

Mit einem Neubau haben wir zwar höhere Investitionen, doch können wir die jährlichen Gebäudekosten drastisch senken. Heute bezahlen wir für Mieten jährlich rund 8 Millionen Franken. Künftig wären es noch 2.8 Millionen inklusive Baurechtszins. Wir sparen jährlich zwei Drittel der Kosten oder über 5 Millionen Franken Mieten. Das ist erklecklich.

Und wenn wir schliesslich die wirtschaftliche Gesamtbetrachtung über eine Amortisationszeit von 30 Jahren machen, stellen wir fest, dass ein neues Polizeizentrum um einen Drittel wirtschaftlicher ist als das Herumdoktern am alten Zustand.

Übrigens: Der Nettobarwert zeigt die Kosten einer Investition über ihre Lebensdauer hinweg.

Zu den Zahlen halte ich ausdrücklich fest: Wir sprechen hier von ersten groben Kostenschätzungen. In der weiteren Planung sind diese zu verfeinern.

Wie geht es weiter? Die Behandlung im Grossen Rat ist für die nächste Märzsession vorgesehen. Dann stehen der Planungskredit und die Genehmigung des Baurechtsvertrags zur Diskussion. Sollte das Parlament das Geschäft gutheissen, könnten die weiteren Arbeiten in Angriff genommen werden. Mit dem Bau möchten wir 2022 beginnen, damit das Polizeizentrum 2025 betriebsbereit ist.

Soweit meine Ausführungen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Nun beantworten wir gerne Ihre Fragen.